

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anschlag Nr. 23.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Kurt Schlegel, Postfach 1000, Chemnitz. Druck: Kurt Schlegel, Postfach 1000, Chemnitz.

Telegramme: Cagblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 220

Sonntag, den 20. September 1931

26. Jahrgang

Innenpolitische Dispositionen

Beratung über die große Notverordnung vor dem Abschluß — Empfänge beim Kanzler — Nur kurze Reichstagstagung

Berlin, 18. Sept. Das Reichskabinett wird die Beratungen über die große Notverordnung erst am Sonntag fortsetzen. Der heutige Tag war in der Reichskanzlei mit einer Reihe politischer Empfänge ausgefüllt. Am Vormittag hat der Reichskanzler zunächst dem Reichspräsidenten über den Fortgang der wirtschafts- und finanzpolitischen Beratungen Vortrag gehalten. Die Notverordnung zur Regelung der Bankenaufsicht und des Aktienrechts liegt dem Reichspräsidenten bereits vor und wird morgen veröffentlicht. Auch die Arbeiten an der großen Notverordnung sind soweit fortgeschritten, daß einige Kabinettsitzungen ausreichen, um sie zum Abschluß zu bringen. Am Vormittag empfing der Reichskanzler den bisherigen französischen Botschafter de Margerie zu einem Abschiedsbesuch. Im Anschluß daran fand eine Besprechung Dr. Brüning's mit den Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie statt, mit denen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die vom Reichsverband der deutschen Industrie eingereichte Denkschrift erörtert wurden. Im Anschluß daran wurden die Führer der Wirtschaftspartei vom Kanzler zu einer Aussprache empfangen, an der auch Fragen der Außenpolitik eine Rolle spielten.

Die Vorbereitungen für die parlamentarische Arbeit werden in den nächsten Tagen einleiten. Am kommenden Dienstag wird Reichspräsident Lohde vom Kanzler empfangen, um mit ihm das Programm für den Beginn der Reichstagsvorhandlungen am 13. Oktober zu besprechen. Man rechnet in maßgebenden politischen Kreisen mit einer verhältnismäßig kurzen Reichstagssession von höchstens ein bis zwei Wochen. Zur Erörterung stehen neben einzelnen kleinen Vorlagen, die noch von früher her der Verabschiedung bedürfen, vor allem die von der Reichsregierung in der parlamentarischen Zeit erlassenen Notverordnungen. Von den Reichstagsparteien wird es abhängen, ob darüber hinaus eine außerpolitische Aussprache stattfindet, die durch Anträge der radikalen Parteien verlangt worden ist. Aus der Auseinandersetzung über die Notverordnungen wird sich wahr-

scheinlich eine gesamtpolitische Debatte entwickeln, die dem Kanzler Gelegenheit geben wird, die Richtlinien seiner Politik und die von der Reichsregierung zur Bekämpfung der Krise getroffenen Maßnahmen darzulegen.

Die weiteren Dispositionen für die Reichstagsarbeit hängen davon ab, ob das Kabinett sich endgültig dazu entschließt, auf die Vorlegung eines Haushaltsplanes für das Jahr 1932/33 vorläufig zu verzichten und statt dessen nur den jetzigen Haushaltsplan um ein Vierteljahr, also bis 1. Juli 1932, zu verlängern. Man erwartet, daß auch diese Frage der Verlängerung schon in der kommenden großen Notverordnung geregelt werden wird. In diesem Falle würde das Arbeitsprogramm für den Reichstag in den nächsten Monaten überaus klein sein und langwierige parlamentarische Verhandlungen während des Winters überflüssig machen.

Was wird mit Curtius?

Berlin, 18. Sept. Wie wir erfahren, ist es bisher ungewiß, ob Reichsaussenminister Curtius, der erst am Dienstag, den 22. September, aus Genf zurückkehrt, schon an der Sitzung der völkerteiligen Reichstagsfraktion teilnehmen kann, die am Mittwoch, den 23. September, in Hamburg stattfindet. Es wird in diesen Kreisen berichtet, daß das Genfer Telegramm des Dr. Curtius, worin er ziemlich strikt die Beachtung eines Vetos seiner Partei über sein Verbleiben im Amte zurückgewiesen haben sollte, ungenau wiedergegeben sei. Andererseits sei es auch unwahrscheinlich, daß die Partei von sich aus einen Schritt in dieser Angelegenheit tun werde. Man kann annehmen, daß Dr. Curtius seine Entscheidung von den Unterhaltungen abhängig machen werde, die er mit dem Reichskanzler führen wird, und daß es den Wünschen der Regierung entsprechen dürfte, daß die Entscheidung erst nach dem Besuch der französischen Staatsmänner falle.

Französischer Gewerkschaftskongress

Beipart für deutsch-französische Annäherung

Paris, 18. Sept. Der Kongress der französischen Gewerkschaften hat gestern mit 4678 gegen 432 Stimmen bei 70 Enthaltungen den Antrag abgelehnt, sämtliche Gewerkschaften der verschiedenen politischen Richtungen zusammenzuschließen. In der Sitzung sprach auch der deutsche Vertreter Beipart. Er erinnerte an die tragische Lage des deutschen Arbeiters und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Nationalisierung der europäischen und der Weltwirtschaft sein Wohlergehen sichern könnten. Auf das Problem der französischen Annäherung eingehend, erklärte er, trotz des Mißtrauens und der Schwierigkeiten aller Art das die Gedanken sich seinen Weg. Chauvinismus sei der deutschen Mentalität fremd. Es sei ein neues demokratisch-sozialistisches Deutschland vorhanden. Beipart appellierte an die Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes, zum Wohl beider Völker zusammenzuarbeiten.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 18. Sept. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Herrn Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Industrievertreter bei Brüning

Berlin, 19. Sept. Reichskanzler Dr. Brüning empfing gestern nachmittag Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einer Aussprache über die augenblickliche Wirtschaftslage sowie über die Pläne der Reichsregierung.

Thüringens Notverordnung fertig

Weimar, 18. Sept. Das thüringische Kabinett hat heute abend nach fast zehnstündiger Beratung die Notverordnung zur Sicherung des thüringischen Haushaltes verabschiedet. Das Kabinett gab noch einmal bekannt, daß eine Aufhebung des Wirtschaftsministeriums vorläufig nicht in Frage komme.

Braßilien kann Zinszahlungen nicht leisten

London, 19. Sept. Die brasilianische Regierung gibt bekannt, daß sie infolge der akuten wirtschaftlichen Depression in Brasilien nicht in der Lage gewesen ist, in genügendem Maße Dividenden aufzutreiben, um die im Oktober fällig werdenden Zinszahlungen für die Auslandsschulden zu leisten. Sie pflegt gegenwärtig Beratungen mit ihren Bankiers. Es handelt sich in der Hauptsache um die beiden 4-prozentigen Anleihen von 1888 und 1889 sowie die 5-prozentige Anleihe von 1913, die von der Nichtleistung der Zinsbeträge am 1. Oktober betroffen werden.

Reichsbahnleihe für Arbeitsbeschaffung

Berlin, 18. Sept. Unter den Finanzierungsprojekten für die Arbeitsbeschaffung, die gegenwärtig von der Reichsregierung erwogen werden, befindet sich auch der Plan einer steuerfreien Reichsbahnleihe. Dem „Börsen-Kurier“ zufolge soll geplant sein, Reichsbahn-Goldbonds im Umfange von 200 bis 300 Millionen RM auszugeben, die nach dem Muster der Hilferding-Anleihe vom Mai 1929 von der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer befreit sind. Da die Schuldzinsen auf Feingold lauten, was einen Anreiz für die Zeichner bilden soll, wird der Zinsfuß verhältnismäßig niedrig gehalten sein, er soll weniger als fünf Prozent betragen. Die näheren Einzelheiten, darunter auch der Emissionskurs, stehen noch nicht fest, sollen aber schnellstens geregelt werden.

Geteilte Gehaltszahlungen in Privatbetrieben nicht mehr statthaft

Berlin, 18. Sept. Das heute erscheinende Reichsgesetzblatt Nr. 69 veröffentlicht eine Durchführungsverordnung, nach der der § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Auszahlung von Dienstbezügen vom 18. Juli 1931 aufgehoben wird. Danach ist also in Zukunft die geteilte Auszahlung der Monatsgehälter in Privatbetrieben nicht mehr statthaft.

Deutschnationaler Reichsparteitag

Stettin, 18. Sept. Zum 10. Deutschnationalen Reichsparteitag, der vom 18. bis 20. September hier stattfindet, haben sich mehr als 1800 Personen angemeldet. Heute abend fanden im Anschluß an den Parteitag zwei öffentliche Kundgebungen statt, eine Kundgebung des Reichsfrauenauschusses und eine Beamtenkundgebung. In der Kundgebung des Reichsfrauenauschusses sprach die preussische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Neumann über den Kampf um die Seele des Volkes. Die Landtagsabgeordnete Frau Dr. von Watter hielt einen Vortrag über die Bekämpfung der Volksgesundheit. Auf der Tagesordnung der Beamtenkundgebung stand das Thema „Berufsbeamten-

tum in Not“. Referenten waren Reichstagsabgeordneter Berndt und der preussische Landtagsabgeordnete Ebersbach. Abg. Berndt betonte u. a., daß die Deutschnationale Volkspartei das Berufsbeamtentum nicht antasten lassen werde. Der Redner ging dann auf Fragen der Reichspolitik ein.

Curtius über die Mandatsfragen

Genf, 18. Sept. Im politischen Ausschuss der Völkerverammlung ergriff der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius heute vormittag das Wort zu einer Erklärung über die Mandatsfragen. Er begrüßte es, daß der Völkerverbund durch einen norwegischen Antrag auch in diesem Jahre die Möglichkeit habe, sich über die Mandatsfragen auszusprechen. Damit werde eine Tradition gepflegt, die den Pflichten entspreche, die der Völkerverbund angesichts der bedeutenden Interessen der Bevölkerung, der weltpolitischen Fragen und des Zusammenhanges der Weltwirtschaft besitze. Die Arbeiten der Mandatskommission seien als außerordentlich wertvoll zu bezeichnen. Der Völkerverbund habe heute Gelegenheit gehabt, eine Reihe von Fragen an der Hand der Berichte der Mandatskommission zu präzisieren. Als eine in letzter Zeit aufgetauchte wichtige Frage erwähnte Dr. Curtius die Zulassung fremder Verto in den Mandatsgebieten, an der auch Deutschland ein großes Interesse habe. Er sprach den Wunsch aus, daß diese Frage positiv geregelt werde, wie es in einem großen Mandatsgebiet bereits geschehen sei. Zu der in der letzten Tagung erörterten Frage der Beendigung des Mandatsverhältnisses erklärte Dr. Curtius, es sei zwar notwendig, die Bedingungen für die Beendigung des Mandates festzulegen, man dürfe aber dabei nicht zu weit gehen. Eine hundertprozentige Garantie werde man nie geben können, und es komme in erster Linie darauf an, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten die notwendigen Fähigkeiten und Erfahrungen besitzen, um die Ueberleitung in den neuen Zustand möglichst zweckmäßig vorzunehmen. Dr. Curtius sprach die Hoffnung aus, daß

es nach Beendigung des Mandatsverhältnisses und nach Regelung der damit zusammenhängenden Fragen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, möglich sein werde, den Jral in den Völkerverbund aufzunehmen.

Genf, 18. Sept. In der Aussprache über die Mandatsfragen im 6. Ausschuss der Völkerverammlung betonte der polnische Vertreter das große Interesse seines Landes an der Durchführung des Mandates in Palästina. Ein großer Teil der Bevölkerung Palästinas stamme aus Polen, und die polnische Regierung verfolge ihre Bemühungen mit sympathischem Interesse. Das besondere Interesse des Ausschusses fand der Bericht des japanischen Vertreters über die Arbeiten seiner Regierung zur Durchführung des Mandates auf den ehemaligen deutschen Südseeinseln. Er wies auf die technischen Schwierigkeiten hin, die sich für die Verwaltung dieses auf ungefähr 1400 Inseln oder Eilanden bestehenden Gruppe der Mariannen-, Karolinen- und Marshallinseln ergäben. Zum Aufbau des Erziehungswesens, zur Einrichtung von Verkehrswegen, zur Schaffung von Hygieneeinrichtungen, zur Einsetzung von Gerichten zur Bekämpfung von Seuchen und zur Entwicklung des Wirtschaftslebens habe die japanische Regierung von 1922 bis 1930 die beträchtliche Summe von 20 027 000 Yen aufgebracht, die im Jahre 1916 gegründeten fünf Volksschulen seien auf 31 erhöht worden, und der Schulbesuch sei im allgemeinen zufriedenstellend. Von Regierungseite würden die katholischen, protestantischen und buddhistischen Missionen, die sich um das geistige Leben der Einwohner bemühten, subventioniert. Bezeichnend für den wirtschaftlichen Fortschritt der Inseln und die Erzeu-